



öffentlich

Betreff:

Bioabfallvergärungsanlage

Einreicher: Fraktionen DIE LINKE und Bündnis90/Die Grünen	Erstellungsdatum	29.09.2020
	Eingang 502:	

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
04.11.2020	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten, um in Umsetzung des Abfallwirtschaftskonzepts der Landeshauptstadt Potsdam 2018 bis 2023 zügig die Voraussetzungen für den Bau einer Vergärungsanlage für Bioabfälle in Potsdam zu schaffen. Als ein möglicher Standort ist das SAGO-Gelände zu prüfen.

Ziel ist es dabei, ausgehend von den Maßgaben des im vergangenen Jahr ausgerufenen Klimanotstands die gegenwärtig erforderlichen Transporte von Biomüll überflüssig zu machen und eine sinnvolle umweltfreundliche Verwertung zu sichern.

Der Oberbürgermeister wird weiterhin beauftragt, die Realisierung der Biovergärungsanlage zu einem Schwerpunkt der interkommunalen Zusammenarbeit zu machen und zumindest die Landkreise Potsdam-Mittelmark und Havelland sowie die Stadt Brandenburg an der Havel für eine Kooperation zu gewinnen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Januar 2021 über den Stand der Vorbereitungen zu informieren.

gez. Dr. Sigrid Müller, Stefan Wollenberg; Saskia Hüneke, Dr. Gert Zöllner
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Mit der stadtweiten Einführung der Braunen Tonne im Jahr 2016 war die Zielstellung verbunden, eine umweltfreundliche Verwertung der Bioabfälle in einer Vergärungsanlage vorzunehmen. Dieses Ziel ist bisher nicht erreicht worden und scheint eher in die weitere Ferne zu rücken. Gegenwärtig werden die Bioabfälle, die durch das umweltbewußte Verhalten der Potsdamerinnen und Potsdamer mittlerweile auf mehr als 8000 Tonnen im Jahr angewachsen sind, an andere Orte transportiert. Bemühungen zum Bau einer Vergärungsanlage in der Fresdorfer Heide oder im Potsdamer Norden sind gescheitert oder nicht weiter betrieben worden.

Allerdings sind in Potsdam mit der Ausrufung des Klimanotstands 2019 noch höhere Maßstäbe im Umgang auch mit dieser Problematik gesetzt und ein hoher Handlungsdruck geschaffen worden.

Da auch die Landkreise Potsdam-Mittelmark und Havelland sowie die Stadt Brandenburg gegenwärtig nicht über eine solche Vergärungsanlage verfügen, sollen die Kräfte der vier Gebietskörperschaften gebündelt und durch ein gemeinsames Projekt eine hohe Wirtschaftlichkeit und Umweltfreundlichkeit gesichert werden.



- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

20/SVV/1137

öffentlich

Einreicher: **Fraktion SPD**

Betreff: Bioabfallvergärungsanlage

Erstellungsdatum 03.11.2020

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
04.11.2020	Stadtverordnetenversammlung		x

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten, um in Umsetzung des Abfallwirtschaftskonzepts der Landeshauptstadt Potsdam 2018 bis 2023 zügig die Voraussetzungen für den Bau einer Vergärungsanlage für **Potsdamer Bioabfälle in Potsdam** zu schaffen.

...

Dr. Sarah Zalfen und Daniel Keller
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift



- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

20/SVV/1137

öffentlich

Einreicher: Andreas Menzel (BvB-FW)

Betreff: Bioabfallvergärungsanlage

Erstellungsdatum 25.11.2020

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
04.11.2020	STVV		X

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Der letzte Satz des 1. Absatzes ist wie folgt zu ergänzen:

Als mögliche Standorte sind z. B. das SAGO-Gelände, der Aasberg in Krampnitz und auf Sonderflächen des Entwicklungsgebietes Krampnitz zu prüfen.

Ziel ist es auch, von der unsäglichen desaströsen Biogasabhängigkeit durch Agrarpflanzen Abstand zu nehmen.

Begründung:

Dem Vernehmen nach, wurde der Aasberg in Krampnitz viele Jahrzehnte für die Ablagerung von Bioabfällen genutzt. Dort wurde demnach verendetes Vieh, Schlachtabfälle, Kaldaunen etc. der Residenzstadt Potsdam entsorgt. Die bei einer Bioabfallvergärung anfallende Nutzgase könnten ihren Beitrag für eine ökologische CO₂-neutrale und Ressourcen schonende Energieversorgung des Entwicklungsgebietes direkt vor Ort bereit stellen. In dieser Hinsicht könnte auch ein Standort im Entwicklungsgebiet Krampnitz untersuchungswert sein,

Die jetzigen Biogasanlagen nutzen Pflanzen, die nur zu ca. 1% der Solarenergie durch Photosynthese zur Verfügung stellen können. Während Solaranlage heute schon zu deutlich größeren Wirkungsgraden fähig sind. Biogasanlagen sollten sich daher zukünftig allein auf Bioabfallvergärungsanlage beschränken, um der unseeligen Flächenfehlnutzungen für sog. Biogasanlagen so bald als möglich ein Ende zu setzen!

Unterschrift